

„Aber eines ist sicher: die Rente!“ Dieses Zitat aus den achtziger Jahren ist längst zur verlogenen Metapher einer Politik geworden, die seit Jahrzehnten die demographische Alterung nicht zur Kenntnis nehmen will. Das Zitat stammt von Norbert Blüm, dem langjährigen Sozialminister der Regierung Helmut Kohls. Der Christdemokrat und Gewerkschafter war Kohls launige Allzweckwaffe zur Sicherung der christdemokratischen Wählerstimmen, im Speziellen derjenigen der Rentner. Die Menschen hörten Blüms frohe Botschaft gern. Zwei von drei Deutschen überschätzen bis heute ihre späteren Bezüge aus der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung, wie eine Studie der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh zeigt. Jeder vierte Befragte sogar um mehr als fünfzig Prozent – ein folgenschwerer Irrtum, der möglicherweise dazu verführt, die private Vorsorge für das Alter zu vernachlässigen.

Immigration hilft nur bedingt

Dabeisprechen dienackten Zahlen zur demographischen Entwicklung eine deutliche Sprache. Gemäß einer Prognose des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden wird in Deutschland die Geburtenrate in den nächsten Jahrzehnten auf ihrem niedrigen Niveau von 1,4 Kindern pro Frau (Schweiz: 1,5) verharren. Die geringe Geburtenrate hat eine sich selbst verstärkende Tendenz. Weniger potenzielle Mütter bedeuten in Zukunft noch weniger Kinder. Die Zahl der Frauen im gebärfä-

higen Alter von 15 bis 49 Jahren wird von knapp zwanzig Millionen im Jahr 2001 auf noch gut vierzehn Millionen im Jahr 2050 sinken. Die Lebenserwartung nimmt gleichzeitig weiter zu. Im Jahr 2050 wird sie bei der Geburt (gemäß dem mittleren Prognoseszenario) für Knaben 81,1 Jahre und für Mädchen 86,6 Jahre betragen. Das sind rund sechs Jahre mehr als heute. Die erwartete Restlebensdauer für einen sechzigjährigen Mann stieg zwischen 1970 und 1998 in Deutschland von 15,3 Jahren auf 19,2 Jahre, für gleichaltrige Frauen von 19,1 auf 23,5 Jahre. Für das Jahr 2050 werden 23,7 Jahre für den sechzigjährigen Mann und 28,2 Jahre für die sechzigjährige Frau prognostiziert.

Die Konsequenzen einer solchen Entwicklung sind offensichtlich. Das Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge aus den fünfziger und sechziger Jahren in Kohorten höheren Alters führt in den kommenden fünfzig Jahren zu einer Zunahme der jährlichen Sterbefälle. Die Zahl der Gestorbenen wird künftig die Zahl der Geborenen immer mehr übersteigen. Entsprechend sinkt die Einwohnerzahl. Die Zuwanderung mildert zwar das Schrumpfen der Bevölkerung, kann aber das Geburtendefizit – selbst bei einer angenommenen Nettozuwanderung von 200 000 Menschen pro Jahr – langfristig nicht kompensieren. Die mittlere Bevölkerungsprognose für Deutschland lautet für das Jahr 2050 auf nur noch 75 Millionen Einwohner gegenüber zurzeit 82,5 Millionen. Fast ein Drittel der Menschen wird dann zumal über sechzig Jahre alt

sein. Das statistische Durchschnittsalter der Bevölkerung wird von heute 39 Jahren auf 51 Jahre steigen.

Jahrzehntelanger Selbstbetrug

Was wird aus dem Jugendwahn des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts? Was werden die vierzig Prozent der deutschen Industrieunternehmen machen, die heutzutage keine über Fünfzigjährigen beschäftigen? Wie hoch wird die Erwerbsquote der Frauen steigen müssen, um das sinkende Erwerbstätigen-Potenzial zu kompensieren? Politik, Medien, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, aber auch Millionen von Wählern haben einem jahrzehntelangen Selbstbetrug gefrönt, der in der Anspruchshaltung gipfelte: Ich steige immer später in das Erwerbsleben ein, arbeite immer weniger Stunden pro Arbeitsjahr, gehe immer früher in den Ruhestand, lebe immer länger und gehe trotzdem wie selbstverständlich davon aus, meinen gewohnten Lebensstandard beizubehalten. Man braucht nur die Grundrechenarten zu beherrschen, um einzusehen, dass dieser Aberglaube mit den realen ökonomischen Gegebenheiten nichts zu tun hat. Ohne Wertschöpfung, die in der aktiven Lebensphase erwirtschaftet wird, vermag keine Gesellschaft den Menschen in ihren Nichterwerbsphasen (Jugend und Alter) den Lebensstandard zu sichern. Nur während der aktiven Schaffensphase können Mittel erwirtschaftet werden, aus denen Renten und Kindergeld, Versicherungsleistungen im Fall von Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Arbeitslosigkeit und die gesamten volkswirtschaftlichen Infrastrukturkosten – von der Bildungs- bis zur Verkehrsinfrastruktur – bezahlt werden.

Staatshaushalt auf Pump

Die Folge dieser ökonomischen Binsenweisheit: Man wird in der alternden deutschen Gesellschaft wieder länger arbeiten

müssen, damit man sich ein längeres Leben im Wohlstand auch leisten kann. Schon heute werden unsere Kinder und Enkel durch hohe Beitrags- und Steuerlasten zunehmend ihrer Gestaltungsspielräume beraubt. Der Trend wird sich verstärken, wenn auch künftig in der Altersversorgung ungedeckte Blankoschecks mit Leistungsversprechen ausgestellt werden und der Staatshaushalt auf Pump finanziert wird. Doch die Jungen werden sich dieser permanenten Lastenverschiebung auf ihre Kosten immer stärker widersetzen. Wer glaubt im Ernst daran, dass unsere Kinder und Enkel unsere Pensionen, Renten und unsere Schuldzinsen bezahlen werden?

Wie hart die Verteilungskämpfe geführt werden, haben die Auseinandersetzungen vor wenigen Wochen in Österreich und Frankreich um längere Lebensarbeitszeiten für Arbeitnehmer und Beamte gezeigt. Prompt sind die objektiv notwendigen Maßnahmen, zumindest in Österreich, stark verwässert worden, weil die Politik dem Proteststurm nicht standhalten wollte oder konnte. Auch in Deutschland werden wie schon in diesem Herbst, spätestens aber im kommenden Jahr die Wogen hochgehen, wenn die Politik die dem Pensionsalter nahen Jahrgänge mit einer Bestandsaufnahme konfrontiert. Während in der Schweiz die Abschläge bei vorgezogenem Altersruhegeld pro Monat bei gut 0,5 Prozentpunkten liegen, leistet sich Deutschland noch den Luxus von niedrigen 0,3 Prozentpunkten. Wer statt mit 65 Jahren mit sechzig Jahren in Rente geht, musste bisher auf maximal achtzehn Prozent der Rente verzichten. Versicherungsmathematisch notwendig wäre aber ein monatlicher Abschlag von rund 0,6 Prozentpunkten oder 36 Prozent beim Renteneintritt mit sechzig Jahren.

Nur über den Geldbeutel wird kurzfristig der unselige Trend zum frühzeitigen Renteneintritt gestoppt werden kön-

nen. Auch um ein Hochfahren der gesetzlichen Altersgrenze von heute 65 Jahren auf 67 Jahre wird man im nächsten Jahrzehnt nicht herumkommen. Weil Manna nicht wie in der Bibel vom Himmel fällt, werden wir nicht nur länger leben, sondern auch länger arbeiten dürfen. Als angenehmer Nebeneffekt hält die längere Teilhabe am wirtschaftlichen Leben fit und rüstig und schiebt die soziale Vereinzelung im Alter hinaus. Außerdem wird man sich die Vergeudung qualifizierten Humankapitals gar nicht mehr erlauben können. Der Erfahrungsschatz, das Wissen und die Kompetenz der älteren Semester werden mehr denn je gebraucht.

Für junge Menschen wird lebenslanges Lernen wichtiger werden als eine ewig dauernde Erstausbildung. Um die akademischen Bildungsgänge qualitativ aufzuwerten und gleichzeitig zu beschleunigen, muss Deutschland vom Irrweg des kostenfreien Studiums wegkommen. Studiengebühren sind ein gangbarer Weg. In Verbindung mit einem Stipendienwesen, das dafür Sorge trägt, dass für begabte und engagierte Studenten aus einfachen Verhältnissen die Tore der Hochschulen nicht aus finanziellen Gründen verschlossen bleiben, führen Studiengebühren nicht zu sozialer Selektion.

Der Beamte als Auslaufmodell

Als akademischer Gymnasiallehrer mit knapp dreißig Jahren im Beamtenstatus das erste Geld zu verdienen und dann knapp 25 Jahre später in die von den Steuerzahlern lebenslang bezahlte Pension zu gehen wird nicht länger funktionieren. Die teuerste Form der öffentlichen Personalpolitik stellt der auf Lebenszeit gewählte Beamte dar. Er ist ein Auslaufmodell, weil ihn sich die Gesellschaft nicht länger leisten kann – höchstens noch für eng abgegrenzte, sicherheitsrelevante Aufgaben. Zu diesem Personenkreis zählen Lehrer sicherlich nicht. Auch das Heer von quasi beamteten Poli-

tikern in den Landtagen und im Deutschen Bundestag ist deutlich überversorgt. Sie erhalten unverschämt hohe Pensionsgelder. Nach achtzehn Jahren Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag kann ein Abgeordneter im Alter von 55 Jahren mit gut 4600 Euro pro Monat in Rente gehen und daneben uneingeschränkt dazuverdienen. Seine Pensionsansprüche haben ihn keinen Cent eigenes Geld gekostet.

Politiker nicht verschonen

Wer den Bürgerinnen und Bürgern aus stichhaltigen Gründen längere Arbeitszeiten zumuten will, darf die Politiker nicht verschonen. Wer amtierende Abgeordnete anständig – und das heißt deutlich höher als heute – bezahlt, kann ihnen den Aufbau einer privaten Altersversorgung zumuten. Sie brauchen keine staatlich finanzierte lebenslange Alimentation. Ohne die heutige Altersversorgung hätten wir binnen kurzer Frist andere Politiker im Deutschen Bundestag. Im Parlament tummelten sich dann weniger Lehrer. Dafür fänden sich hoffentlich mehr Freiberufler und selbstständige Unternehmer in der Politik. Das starre strukturkonservative Denken des öffentlichen Dienstes in den Gesetzgebungsorganen der Berliner Republik würde aufgebrochen.

Neben die gesetzliche Rentenversicherung, die in Deutschland die Basisversorgung im Alter für mehr als zwanzig Millionen Rentner darstellt, wird zunehmend eine zweite Säule, die nach dem Kapitaldeckungsverfahren aufgebaut ist, und eine dritte der privaten Vorsorge treten müssen. Die private Vorsorge umfasst etwa den Immobilienerwerb oder den Kauf von Finanzmarktprodukten. Die Drei-Säulen-Konzeption ist richtig, weil selbst längere Lebensarbeitszeiten die gesetzlichen Rentenansprüche wegen der sich dramatisch ändernden Alterspyramide nicht sichern werden. Die

Netto-Rente der gesetzlichen deutschen Altersversicherung wird von bisher zugesagten 67 Prozent langfristig auf realistische fünfzig Prozent der Erwerbseinkommen sinken müssen, weil eine neue Rentenformel zum einen die längere Bezugsdauer abbilden wird. Zum anderen werden Renten ab 2005, wie heute bereits die Pensionen, steuerpflichtig. Das verlangt das Bundesverfassungsgericht vom Gesetzgeber.

Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, müssen die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gänzlich von den Steuern befreit werden. Der gemittelte Zustupf zum Nettoeinkommen von fünfzig bis siebzig Euro pro Steuerpflichtigen sollte allerdings nicht in den Konsum fließen. Vielmehr muss der Gesetzgeber durch eine Pflicht zur privaten Altersvorsorge dafür Sorge tragen, dass möglichst alle Personen die geringeren Ansprüche an die gesetzliche Versicherung durch eine kapitalgedeckte private Altersvorsorge kompensieren. Rund siebzig Prozent des letzten Erwerbseinkommens sind nämlich nötig, um im Alter den gewohnten Lebensstandard beibehalten zu können. Bleibt die private Säule rein freiwillig, besteht die Gefahr, dass die vorsorgenden Bürger der „Konsumfraktion“ im Alter über höhere Steuern auch noch die Sozialhilfe finanzieren müssen. Deshalb wirkt hier die staatliche Verpflichtung zur Vorsorge eher als Schutz denn als Einschränkung individueller Freiheitsrechte.

Praktikable schwäbische Binsenweisheit

Doch auch das Kapitaldeckungsverfahren der privaten Altersvorsorge ist kein Allheilmittel. Spätestens der Börsenboom Ende der neunziger Jahre und der anschließende Kurszerfall haben gezeigt, dass die Bäume, sprich die Kapitalrenditen, nicht in den Himmel wachsen. Mit Fantasie kann man zwar kurzfristig eine

Börseneuphorie auslösen, aber keine solide Altersvorsorge betreiben. Die erwirtschafteten Renditen der Pensionsfonds kommen letztlich aus Aktien- und Immobilienbesitz und – umso wichtiger, je näher man dem Rentenalter ist – aus festverzinslichen sicheren Staatspapieren. Die Zinsen der Staatspapiere zahlen allerdings die Steuerzahler. Und Steuerzahler sind gleichzeitig privat vorsorgende künftige Rentner. Wer an hohe Renditen glaubt, sollte daran denken, dass er sie häufig selbst als Steuerzahler mitfinanziert. Deshalb gibt es in einer alternden Gesellschaft natürliche Grenzen ökonomischen Wachstums und der Kapitalmarktrenditen. Manche Volkswirte gehen zwar davon aus, dass die Gelder aus den westlichen Industriestaaten in asiatischen und anderen schnell wachsenden Volkswirtschaften hochprofitabel angelegt werden können, doch über welche Sicherheit verfügen wir, dass diese Staaten mit ihrer hohen Wertschöpfung vorrangig die alternden europäischen Industrieländer alimentieren werden, indem sie über viele Jahrzehnte hohe Renditen erzielen, die auf unserer Nachfrage nach deren Produkten beruhen?

Alten-WG statt Seniorenheim

Mehr als 2,5 Prozent bis maximal drei Prozent wird die inflationsbereinigte Rendite aus der privaten Altersvorsorge kaum betragen können. Wer die Diskussion in der Schweiz um die Senkung des Mindestzinssatzes in der zweiten Säule verfolgt, weiß, dass diese Einschätzung der Realität entspricht. Womöglich wird sich für den Durchschnittsbürger eine alte schwäbische Binsenweisheit bewahrheiten: Das mietfreie Wohnen im eigenen Haus ist eine der vernünftigsten Vorsorgeleistungen für das Alter überhaupt. Denn die eingesparte Miete leistet einen langfristig soliden Beitrag zum Alterseinkommen breiter Schichten der Bevölkerung.

Natürlich hat die säkulare Alterung unserer hoch entwickelten Volkswirtschaften nicht nur auf die Altersversorgung, sondern auch auf die Gesundheitssysteme, den Arbeitsmarkt, die Bildung (Stichwort: lebenslanges Lernen) und die kommunale Siedlungsplanung massive Auswirkungen. Wohnlagen innerorts werden begehrter als das Leben im Grünen, weil kurze Wege im Alter attraktiv sind. Die jungen Alten werden sich der Vereinzelung mit einer in der Jugendzeit erprobten Wohnkultur widersetzen: Alten-WGs in den Zentren sind Alternativen zu Seniorenheimen im Grünen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird die Arbeitsmarktpolitik prägen. Dabei muss es darum gehen, das Potenzial

an Erwerbstätigen unter den Frauen zu erhöhen und gleichzeitig die Anreize zum Aufziehen von Nachwuchs zu erhalten. Die politisch hochsensible Frage der Migration wird die demographische Alterung nicht verhindern, sondern höchstens lindern helfen, aber auch nur dann, wenn die Zuwanderer ihr Geld für sich und ihre Familien am Arbeitsmarkt verdienen und nicht die sozialen Sicherungssysteme belasten. Es darf die Voraussage gewagt werden, dass der demographische Wandel unsere Gesellschaft in einem Ausmaß verändern wird, wie einst die industrielle Revolution das Leben unserer Vorfahren verändert hat.

Dieser Beitrag basiert auf einem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 26. Juli 2003.

Entnommen aus der Welt am Sonntag vom 12. Oktober 2003, dort mit dem Hinweis Tagesspiegel/Stuttman versehen

